

Presseinformation

Potsdam, 3. Januar 2008

Zu den CDU-Forderungen zur Verschärfung des Jugendstrafrechtes erklärt der parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE **Christian Görke**:

Prävention statt Wahlkampf

Die Diskussion um die Verschärfung des Jugendstrafrechtes ist eine aufgesetzte Debatte, die von der CDU aus wahlkampfaktischen Gründen in den Mittelpunkt gerückt wurde.

Hier wird eine Scheindebatte geführt, da die Statistiken des Bundesinnenministeriums belegen, dass die Jugendkriminalität und der Anteil der ausländischer Straftäter rückläufig sind.

Die Fraktion DIE LINKE bedauert, dass sich der Innenminister Schönborn und Herr Petke von der Wahlkampfrhetorik anstecken lassen haben.

Wir sind der Auffassung, dass das vorhandene repressive Strafrecht ausreichend ist und angewandt werden muss. Es muss ein „mehr“ an Prävention, ein „mehr“ an Bildungschancen für junge Menschen geben. Das sind Perspektiven, die junge Brandenburgerinnen und Brandenburger brauchen.